

**Kleine Anfrage**

**der Abg. Dr. Patrick Rapp und Felix Schreiner CDU**

**und**

**Antwort**

**des Innenministeriums**

**Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Landkreis  
Breisgau-Hochschwarzwald und im Stadtkreis Freiburg**

**Kleine Anfrage**

Wir fragen die Landesregierung:

1. In welchen landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien sind heute die Dienststellen der Polizei im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald und im Stadtkreis Freiburg jeweils untergebracht?
2. Welche weitere Verwendung für diese Immobilien wurde der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt?
3. Wann soll eine ggf. geplante Nutzungsaufgabe der Immobilien durch die Polizei jeweils erfolgen?
4. Wie viele Bedienstete der Polizei sind derzeit in den einzelnen Organisationseinheiten im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald und im Stadtkreis Freiburg jeweils beschäftigt (mit Angabe, inwieweit es sich hierbei jeweils um Angehörige der Schutzpolizei, der Kriminalpolizei oder von Bediensteten des Nichtvollzugsdienstes, in Voll- oder Teilzeit, handelt)?
5. Inwieweit müssen Bedienstete der Polizei im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald und im Stadtkreis Freiburg damit rechnen, dass ihre Stelle im Zuge der Umsetzung der Polizeireform gegen ihren Willen mit einer anderen Person besetzt wird?
6. Für welche der unter Frage 4 zu nennenden Bediensteten, bzw. Gruppe von Bediensteten, wird aufgrund der Umsetzung der Polizeireform ihr Arbeitsplatz künftig wegfallen (mit Angabe, wo diese Aufgabe künftig wahrgenommen wird)?

7. Welche Kosten für Personalmaßnahmen (z. B. Trennungsgelder, Umzugskosten etc.) für derzeitige Bedienstete der Polizei im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald und im Stadtkreis Freiburg wurden der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt?
8. Welche Investitionen bei Dienststellen der Polizei im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald und im Stadtkreis Freiburg wurden der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt?
9. Welche sonstigen Ausgaben, die örtlich im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald oder im Stadtkreis Freiburg wirksam werden, wurden der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt?
10. Welche reformbedingten Minderbedarfe/Einnahmen, die örtlich im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald oder im Stadtkreis Freiburg wirksam werden, wurden der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt (mit Angabe, zu welchem Zeitpunkt diese Einnahme wirksam wird)?

25.01.2013

Dr. Rapp, Schreiner CDU

#### Antwort

Mit Schreiben vom 18. Februar 2013 Nr. 3-112/47/57 beantwortet das Innenministerium im Einvernehmen mit dem Ministerium für Finanzen und Wirtschaft die Kleine Anfrage wie folgt:

1. *In welchen landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien sind heute die Dienststellen der Polizei im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald und im Stadtkreis Freiburg jeweils untergebracht?*
2. *Welche weitere Verwendung für diese Immobilien wurde der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt?*

Zu 1. und 2.:

Gemeinde	Anschrift	L/A*	heutige Dienststelle	weitere Verwendung
Freiburg	Bissierstr. 1	L	Landespolizeidirektion	Regionalpräsidium Freiburg
Freiburg	Engelbergstr. 41 a	A	Landespolizeidirektion	Abmietung nach Freimachung
Freiburg	Fehrenbachallee 52	L	Landespolizeidirektion, Polizeidirektion	Verkauf nach Freimachung
Freiburg	Stefan-Meier-Str. 35	L	Polizeidirektion	Nachbelegung mit anderer Landesnutzung
Freiburg	Heinrich-von-Stephan-Str. 4	L	Polizeidirektion, Polizeirevier	Regionalpräsidium Freiburg

Gemeinde	Anschrift	L/A*	heutige Dienststelle	weitere Verwendung
Freiburg	Bertoldstr. 43 A	L	Polizeirevier	wie bisher
Freiburg	Müllheimerstr. 7	L	Polizeiakademie	Verkauf nach Freimachung
Freiburg	Hartkirchweg 31	A	Polizeiposten	wie bisher
Freiburg	Kappler Str. 31	A	Polizeiposten	wie bisher
Freiburg	Zähringer Str. 384	A	Polizeiposten	wie bisher
Freiburg	Rieselfeldallee 39 b	A	Polizeiposten	wie bisher
Freiburg	Klarastraße 71 a	A	Polizeiposten	wie bisher
Freiburg	Habsburgerstr. 105	A	Polizeiposten	wie bisher
Freiburg	Basler Str. 115 a	A	Polizeiposten	wie bisher
Freiburg	Bugginger Str. 87	A	Polizeiposten	wie bisher
Freiburg	Elsässerstr. 75	A	Polizeiposten	wie bisher
Bad Krozingen	Staufenerstr. 1 A	A	Polizeiposten	wie bisher
Bötzingen	Wasenweiler Str. 13	A	Polizeiposten	wie bisher
Breisach	Müllheimer Str. 1	L	Polizeirevier	wie bisher
Ehrenkirchen	Jengerstr. 4	A	Polizeiposten	wie bisher
Feldberg	Passhöhe 21	L	Polizeiposten	wie bisher
Gundelfingen	Alte Bundesstr. 37	A	Polizeiposten	wie bisher
Heitersheim	Im Stühlinger 1	A	Polizeiposten	wie bisher
Hinterzarten	Rathausstr. 6	A	Polizeiposten	wie bisher
Kirchzarten	Stegener Str. 7	A	Polizeiposten	wie bisher
Lenzkirch	Im Angel 15	A	Polizeiposten	wie bisher
Löffingen	Demetriusstr. 1	A	Polizeiposten	wie bisher
March	Hauptstr. 3	A	Polizeiposten	wie bisher
Müllheim	Schwarzwaldstr. 14/16	L	Polizeirevier	wie bisher
Müllheim	Werderstr. 49 a	A	Polizeidirektion	Abmietung nach Freimachung
Neuenburg	Kaplanei 1	A	Polizeiposten	wie bisher
Staufen	Hauptstr. 13	L	Polizeiposten	wie bisher
Titisee-Neustadt	Bei der Kirche 2	L	Polizeirevier	wie bisher
Umkirch	Im Brunnenfeld 13–19	A	Landespolizeidirektion, Polizeidirektion	Regionalpräsidium Freiburg, Sonderpräsidium Einsatz, PTLS Pol

\*L: Landeseigen  
A: Anmietung

3. Wann soll eine ggf. geplante Nutzungsaufgabe der Immobilien durch die Polizei jeweils erfolgen?

Zu 3.:

Eine Nutzungsaufgabe kann erfolgen, sobald die notwendigen Arbeitsplätze am künftigen Standort zur Verfügung stehen. Nach den Erhebungen, die im Zuge der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung zur Polizeistrukturereform in einem ersten Schritt durchgeführt wurden, werden dazu teilweise Anpassungsarbeiten an Bestandsgebäuden, Neubaumaßnahmen oder Anmietungen erforderlich. Die notwendigen Maßnahmen müssen jetzt im weiteren Verfahren konzeptionell, planerisch und kostenmäßig konkretisiert werden. Die Umsetzung wird dann nach Dringlichkeitsgesichtspunkten und im Rahmen der jeweiligen haushaltsrechtlichen Ermächtigung erfolgen.

4. Wie viele Bedienstete der Polizei sind derzeit in den einzelnen Organisationseinheiten im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald und im Stadtkreis Freiburg jeweils beschäftigt (mit Angabe, inwieweit es sich hierbei jeweils um Angehörige der Schutzpolizei, der Kriminalpolizei oder von Bediensteten des Nichtvollzugsdienstes, in Voll- oder Teilzeit, handelt)?

Zu 4.:

Die Personalstärke der Polizeidirektion Freiburg – Stand Januar 2013 – stellt sich wie folgt dar:

	gesamt	davon Vollzeit	davon Teilzeit
Personalstärke gesamt	1.208	1.018	190
Schutzpolizei	876	782	94
Kriminalpolizei	162	144	18
Nichtvollzug	170	92	78

Die Personalstärke der Landespolizeidirektion Freiburg – Stand Januar 2013 – stellt sich wie folgt dar:

	gesamt	davon Vollzeit	davon Teilzeit
Personalstärke gesamt	351	322	29
Schutzpolizei	56	54	2
Kriminalpolizei	120	117	3
Nichtvollzug	175	151	24

Die Personalstärke der Akademie der Polizei in Freiburg – Stand Januar 2013 – stellt sich wie folgt dar:

	gesamt	davon Vollzeit	davon Teilzeit
Personalstärke gesamt	129	108	21
Schutzpolizei	40	40	0
Kriminalpolizei	18	17	1
Nichtvollzug	71	51	20

*5. Inwieweit müssen Bedienstete der Polizei im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald und im Stadtkreis Freiburg damit rechnen, dass ihre Stelle im Zuge der Umsetzung der Polizeireform gegen ihren Willen mit einer anderen Person besetzt wird?*

Zu 5.:

Durch die Auflösung der bestehenden Organisationen wird es die bisherigen Stellen und Funktionen in der neuen Struktur so nicht mehr geben. Erforderliche Personalumsetzungen orientieren sich zwar an den dienstlichen Erfordernissen, wobei im Rahmen personalwirtschaftlicher Maßnahmen weitgehend der Grundsatz „Personal folgt Aufgabe“ zum Tragen kommen wird, erfolgen aber möglichst sozialverträglich.

Es ist beabsichtigt, den eigentlichen Personalmaßnahmen ein Interessenbekundungsverfahren (IBV) vorzuschalten. Dieses ist ein strukturiertes Verfahren, in dem neben Verwendungswünschen und Negativabgrenzungen auch soziale und wirtschaftliche Belange der Beschäftigten erhoben werden, um sie im Rahmen der zu treffenden Versetzungsentscheidungen angemessen berücksichtigen zu können. Das IBV dient dazu, die Grundlagen dafür zu schaffen, möglichst persönliche Härten zu vermeiden. Den persönlichen Anliegen der betroffenen Beschäftigten soll möglichst entgegengekommen werden. Dienstliche und fachliche Belange zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebs und zur Umsetzung der Reformziele müssen letztlich einzelfallbezogen mit den persönlichen Interessen der Beschäftigten abgewogen werden.

*6. Für welche der unter Frage 4 zu nennenden Bediensteten, bzw. Gruppe von Bediensteten, wird aufgrund der Umsetzung der Polizeireform ihr Arbeitsplatz künftig wegfallen (mit Angabe, wo diese Aufgabe künftig wahrgenommen wird)?*

Zu 6.:

Ein großer Teil der Angehörigen der Polizei ist nicht von einem Arbeitsplatzwechsel betroffen. So verbleiben beispielsweise die Beschäftigten der Polizeireviere, der Polizeiposten, der künftigen Kriminalkommissariate sowie jene Beschäftigte aus dem Leitungs- und Querschnittsbereich, die bereits derzeit am neuen Standort der künftigen regionalen Polizeipräsidien Dienst verrichten, am bisherigen Dienstort. Hinzu kommen die Beschäftigten der Verkehrspolizei, deren Präsenz am bisherigen Dienstort auch weiterhin erforderlich ist.

Zum jetzigen Zeitpunkt kann in Anbetracht des noch bevorstehenden Interessenbekundungsverfahrens (IBV) keine valide Aussage zu den im Ergebnis tatsächlich von einem Dienstortwechsel betroffenen Beschäftigten und deren künftigen Arbeitsplatz getroffen werden.

Um einen ersten Anhaltspunkt zur möglichen Anzahl der betroffenen Beschäftigten zu erhalten, konnte die vorläufige Erhebung nur unter Berücksichtigung des Grundsatzes „Personal folgt Aufgabe“ durchgeführt werden. Die genaue Größe und Zusammensetzung der tatsächlich betroffenen Beschäftigungsgruppe lässt sich jedoch aufgrund der noch ausstehenden Erkenntnisse aus dem IBV und deren Berücksichtigung im Zuge der sozialverträglichen Umsetzung nicht bestimmen. Das Personalkonzept des Polizeipräsidiums Freiburg sieht danach für keinen Beschäftigten der ehemaligen Polizeidirektion Freiburg einen Dienstortwechsel über den bisherigen Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion hinaus vor. Die Abweichung zur Anzahl der in der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung berücksichtigten Beschäftigten (Ziffer 7) resultiert aus der Fortentwicklung des Personalkonzepts.

Da die Abteilung 6, Landespolizeidirektion (LPD), des Regierungspräsidiums Freiburg aufgelöst und deren bisherige Aufgaben unter der Bildung von Synergien umverteilt werden bzw. entfallen, ist eine Ausweisung der Beschäftigtenanzahl nach dem Prinzip Personal folgt Aufgabe hier nicht möglich. Aufgrund der daraus resultierenden hohen Abhängigkeit von den Ergebnissen des IBV ist somit weder die künftige Dienststelle noch der künftige Dienstort der Beschäftigten der LPD prognostizierbar, weshalb eine Prognose hinsichtlich der tatsächlichen An-

zahl der betroffenen Beschäftigten nicht möglich ist. Am Standort der Akademie in Freiburg wird übergangsweise Aus- und Fortbildung (fort)betrieben, weshalb die Anzahl der hier tatsächlich betroffenen Beschäftigten ebenfalls nicht beziffert werden kann.

*7. Welche Kosten für Personalmaßnahmen (z. B. Trennungsgelder, Umzugskosten etc.) für derzeitige Bedienstete der Polizei im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald und im Stadtkreis Freiburg wurden der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt?*

Zu 7.:

Für Personalmaßnahmen sind Kosten für Telearbeitsplätze, Trennungsgeld und Umzugskosten in die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung eingeflossen. Landesweit wurde von 200 zusätzlichen Telearbeitsplätzen ausgegangen. Dafür entstehen Kosten von 1.200 Euro pro Jahr und Telearbeitsplatz. Diese Kosten wurden im Zeitraum von 2014 bis 2017 in die Kalkulation eingerechnet.

Die Kalkulation für Trennungsgeld und Umzugskosten basiert auf einer Erhebung auf Grundlage der Planungen mit Stand November 2012. Im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald und Stadtkreis Freiburg ergab diese, dass voraussichtlich rund 210 Beschäftigte (80 Beschäftigte der bisherigen Polizeidirektion Freiburg und 130 Beschäftigte der Akademie der Polizei in Freiburg) ihren bisherigen Dienstbereich verlassen werden. Aufgrund der anzunehmenden Verteilung der Wohnsitze der Beschäftigten wurde für die Hälfte dieser Beschäftigten ein Pauschalbetrag von jeweils 5.000 Euro in die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung eingerechnet. Die Höhe des Pauschalbetrags entspricht den Erfahrungswerten aus der Verwaltungsstrukturreform.

*8. Welche Investitionen bei Dienststellen der Polizei im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald und im Stadtkreis Freiburg wurden der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt?*

Zu 8.:

Für bauliche Investitionen im Stadtkreis Freiburg wurde ein Betrag in Höhe von rund 4 Mio. Euro und für zusätzliche Anmietungen ein Mietaufwand von rund 200.000 Euro pro Jahr in die Kostenkalkulation eingestellt.

*9. Welche sonstigen Ausgaben, die örtlich im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald oder im Stadtkreis Freiburg wirksam werden, wurden der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt?*

Zu 9.:

Im Rahmen der Umsetzung der Polizeistrukturereform sind durch die Bündelung und Verlagerung von Aufgaben (IuK-)Arbeitsplatzumzüge erforderlich. Auf Basis der momentanen Planungen sind im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald und Stadtkreis Freiburg rund 510 (IuK-)Arbeitsplätze (brutto) umzuziehen. Zur Ermittlung der einmaligen voraussichtlichen Umzugskosten wurden 300 Euro pro Arbeitsplatz zugrundegelegt, wie sie z. B. beim Umzug des Regierungspräsidiums Stuttgart entstanden sind.

Darüber hinaus erfordert die Umsetzung der Polizeistrukturereform, dass zahlreiche IT-Fachverfahren sowie weitere technische Geräte und Ausstattungsgegenstände den neuen organisatorischen Strukturen angepasst werden. Hierfür wurden insgesamt 1,5 Mio. Euro sowie für aktuell noch nicht absehbare Kostenfaktoren insgesamt 1,0 Mio. Euro in die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung einberechnet. Diese Kosten können nicht landkreisscharf aufgeteilt werden.

*10. Welche reformbedingten Minderbedarfe/Einnahmen, die örtlich im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald oder im Stadtkreis Freiburg wirksam werden, wurden der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt (mit Angabe, zu welchem Zeitpunkt diese Einnahme wirksam wird)?*

Zu 10.:

Bezogen auf den Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald und Stadtkreis Freiburg belaufen sich die Minderbedarfe aus Abmietungen auf voraussichtlich rund 100.000 Euro pro Jahr und die Einnahmen aus Grundstücksverkäufen voraussichtlich auf rund 8 Mio. Euro. Durch die Auflösung der Akademie der Polizei am Standort Freiburg entfallen Sanierungskosten in Höhe von rund 15 Mio. Euro. Der Betrag wurde für die Jahre 2022 ff. in die Kalkulation eingestellt. Der Zeitpunkt der Wirksamkeit der Minderbedarfe bzw. Einnahmen steht in Abhängigkeit von der tatsächlichen liegenschaftlichen Realisierung (siehe Ausführungen zu Ziffer 3).

Gall

Innenminister